



„Nur durch Stärkung lokaler Systeme können globale Krisen überwunden werden“

Interview mit Sarah Schneider von Misereor zum Thema Welternährung



Sarah Schneider

Globale Märkte beruhen auf und reproduzieren Abhängigkeiten. Geopolitische Konflikte gefährden die Ernährungssicherheit ganzer Länder, wie jüngst an den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs auf die Getreideexporte der beiden Länder deutlich wurde. Wie lässt sich das Menschenrecht auf Nahrung generell durchsetzen? Claudia Schwarz spricht mit Sarah Schneider vom katholischen Hilfswerk Misereor darüber, welche Ursachen Hungersnöte haben, wie Lebensmittelverschwendung gestoppt werden kann, warum es eine agrarökologische Wende braucht und wie Geschlechtergerechtigkeit im Ernährungssystem gefördert werden kann.

Amosinternational: Globale Märkte beruhen auf und reproduzieren Abhängigkeiten. Der Krieg in der Ukraine beispielsweise hat weltweit Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit. So ist der Getreideexport der „Big Two“ der Getreideproduzenten für den Weltmarkt, Russland und die Ukraine, massiv zurückgefahren und zwischenzeitlich sogar unterbrochen worden. Welche Konsequenzen hat das langfristig für andere Länder?

Sarah Schneider: Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat noch einmal deutlich gemacht, wie krisenanfällig unser aktuelles globales Ernährungssystem ist. Es gibt lange Lieferketten, sowohl für Lebensmittelexporte, als auch für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie

zum Beispiel synthetische Düngemittel. Aus unserer Sicht hat das noch einmal stark deutlich gemacht, wie wichtig es ist, gewisse Abhängigkeiten von globalen Märkten zu überwinden, indem auf nationaler Ebene mehr für die Ernährungssicherheit und eigene Produktion vor Ort getan wird. Gerade bei verschiedenen afrikanischen Ländern, die abhängig sind von Getreideimporten, hat man sehr deutlich gesehen, dass diese Abhängigkeit sehr schnell zu Preisanstiegen geführt hat. Was aus unserer Sicht langfristig helfen kann ist die Stärkung lokaler Ernährungssysteme anstatt weiter auf das globalisierte System zu setzen, was über Importe und Exporte alle ernähren soll.

Thema: Nahrungsmittelsicherheit Globaler Süden. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen bezog die Hälfte der Weizenlieferungen aus der Ukraine. Misereor und Greenpeace schlugen Alarm und veröffentlichten ein Positionspapier. Mit welchen Mitteln lässt sich das Menschenrecht auf Nahrung für alle generell durchsetzen?

In unserem Positionspapier mit Greenpeace ging es vor allem darum, dass Nahrungsmittel in erster Linie für die Ernährung angebaut werden sollten. Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung ist gekoppelt an die Forderung, dass Landwirtschaft die menschliche Ernährung zum Ziel haben sollte. Nahrungsmittel sollten nicht als Treibstoffe verwendet werden, darüber hi-

naus muss der Viehbestand langfristig gesenkt werden, damit weniger Getreide als Tierfutter verwendet wird. Das ist in der deutschen Landwirtschaft natürlich ein heikles und sensibles Thema. Nichtsdestotrotz muss man darüber sprechen, wenn man sieht, dass ein großer Teil des angebauten Getreides nicht für den menschlichen Konsum zur Verfügung steht.



Um das Menschenrecht auf Nahrung zu verwirklichen, muss Landwirtschaft die menschliche Ernährung zum Ziel haben

Das Thema Welternährung ist stark verknüpft mit geopolitischen Spannungen. Autokratien sind bereit, den Handel mit Energie, Gütern (z. B. Getreide) und Kapital als Waffe zur Durchsetzung ihrer geopolitischen Interessen einzusetzen, wie die Reaktion Russlands auf das Embargo auf russisches Gas 2022 gezeigt hat. Wie müssen Staaten agieren, damit Rohstoffe nicht zu „Drohstoffen“ werden?

Wirtschaftspolitische Sanktionen sollten sich auf keinen Fall auf den Handel mit Lebensmitteln oder die Nahrungsmittelproduktion auswirken, weil dadurch der Zugang zu Nahrung im Sinne des Menschenrechts auf angemessene Nahrung eingeschränkt wird. Solche Maßnahmen haben meistens auch Preissteigerungen zur Folge. Darunter leiden in der Regel ganz besonders die ärmere Bevölkerung und vulnerable Gruppen. Das hat eine größere Ernährungsunsicherheit zur Folge. Alle Länder, die Vertragsstaaten des Sozialpaktes sind, stehen in der Pflicht, das Recht auf Nahrung umzusetzen und den Zugang zu Nahrung zu schützen und zu gewährleisten.

Die Situation hat sich durch den Krieg in der Ukraine zugespitzt, aber bereits vor der Corona-Pandemie gab es eine erneute Hungerkrise. Wo liegen die Ursachen und wie lässt sich diese Krise bekämpfen?

Es gab in den letzten Jahren verschiedene Krisen hintereinander oder auch überlappend, wo die Hungerzahlen vermehrt angestiegen sind. In allen Krisen der letzten Jahre – Corona-Pandemie oder Russland-Ukraine-Krieg – wurde die Abhängigkeit von globalen Strukturen deutlich: Sobald die globalisierten Lieferketten nicht mehr funktionieren können, kann es schnell zu Preisanstiegen kommen oder dazu führen, dass Lieferungen nicht mehr ankommen.

Eine weitere Folge kann sein, dass landwirtschaftliche Betriebsmittel nicht mehr zur Verfügung stehen oder teurer werden, was wiederum die ärmeren Bäuerinnen und Bauern hart trifft. Insofern läuft es bei den verschiedenen Krisen auf den gleichen Faktor heraus: Die Achillesferse ist in allen Fällen die Abhängigkeit von globalen Systemen. Das – auch mit Blick auf multiple gegenwärtige Krisen – zu überwinden, geht nur mit dem Aufbau und der Stärkung lokaler Systeme, die auch funktionieren, wenn es auf globaler Ebene Schocks, Wirtschaftskrisen oder Kriege gibt.



Lokale Systeme funktionieren auch dann, wenn es auf globaler Ebene Schocks, Wirtschaftskrisen oder Kriege gibt

Neben dem lokalen Ansatz ist für uns auch die Herangehensweise der Agrarökologie sehr wichtig. Denn dort geht es darum, die Abhängigkeit von externen zugekauften Betriebsmitteln zu reduzieren, die gerade für ärmere landwirtschaftliche Betriebe im Globalen Süden eine hohe Aufgabenquelle darstellen. Da ermöglicht das agrarökologische Wirtschaften ein höheres Maß an Unabhängigkeit und entsprechender Resilienz der Betriebe gegenüber externen Krisenfaktoren.

Wie setzt sich Misereor dafür ein, dass wirtschaftliche Beziehungen entstehen, die für alle Seiten faire Kooperationen fördern und zu sozial ausbalancierten,

für alle Seiten nützlichen Abhängigkeiten führen?

Misereor setzt sich dafür insbesondere durch das Lieferkettengesetz ein, welches auf nationaler Ebene 2021 verabschiedet wurde und auch auf EU-Ebene implementiert werden soll. Transparente Lieferketten gewährleisten, dass entlang der gesamten Lieferkette keine Menschenrechte verletzt werden und auch auf die Folgen der Prozesse für Umwelt und Klima geachtet wird.

Darüber hinaus unterstützen wir lokale Partner, die Fälle ungerechter Wirtschaftsweisen vor Ort dokumentieren und aufzeigen, indem wir die deutsche Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen. Ein solcher Fall ist zum Beispiel der Dambruch einer Eisenerzmine in der brasilianischen Stadt Brumadinho, bei dem im Jahr 2019 etwa 270 Menschen ums Leben kamen. Zuvor hatte TÜV Süd bescheinigt, das Bauwerk sei sicher. Solche Fälle wollen wir zum einen bekanntmachen und zum anderen deutsche Unternehmen dazu bewegen, die Menschenrechte zu gewährleisten.

Für welche Regulierungen setzt sich Misereor auf internationaler politischer Ebene ein, damit die Preisschwankungen auf den Nahrungsmittelmärkten die Ärmsten nicht am Härtesten treffen?

Wir kritisieren natürlich die Spekulation mit Lebensmitteln an den Kapitalmärkten und Börsen. Im Bereich Handel mit Fokus auf Import und Export bestimmter in der EU verbotener Pestizide fordern wir ein Exportstopp von der Bundesregierung. Auch vor dem Hintergrund gleicher Standards für alle Menschen weltweit sollten Pestizide, die in Deutschland oder der EU verboten sind, da sie unsere Gesundheit gefährden, auch nicht ins Ausland exportiert werden.

Das Exportverbot war auch eigentlich im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung angekündigt, wird aber bislang nicht umgesetzt. Der Ver-



ordnungsentwurf ist seit März 2023 in der Ressortabstimmung, wird aber von Teilen der Bundesregierung blockiert, was sehr bedauerlich ist. Das wäre ein gutes Beispiel dafür, mit dem die Bundesregierung die Chance hätte, Handel gerechter zu gestalten, nämlich indem sie sagt: Wir exportieren nichts, was wir für uns als schädlich erachten.

Welche Rolle haben Zivilgesellschaft und NGOs, um für weltweite Ernährungssicherheit zu sorgen?

Es ist äußerst wichtig, dass es eine starke Zivilgesellschaft gibt, die sich über Basisbewegungen organisiert. Interessant sind auch erprobte Beispiele für partizipative Plattformen, wo Zivilgesellschaft gezielt in politische Prozesse eingebunden wird. Ein interessantes Beispiel dafür ist der Ernährungsrat in Brasilien, wo Ministerien übergreifend zusammenarbeiten. Das Thema Ernährung zieht sich durch vom Thema Gesundheit über Landwirtschaft bis hin zum Thema Bildung. Neben den verschiedenen Ministerien sind insbesondere vulnerable Gruppen aus dem Bereich der Ernährungsunsicherheit wie ärmere urbane Konsument:innen oder Kleinbauern-Bewegungen Teil des Ernährungsrats; sämtliche zivilgesellschaftliche Gruppen werden regulär miteinbezogen. Unter Präsident Lula gab es den Ernährungsrat etliche Jahre lang, unter Bolsonaro wurde er abgesetzt und nimmt jetzt seit einiger Zeit wieder neu an Fahrt auf. Durch den Ernährungsrat konnten etliche erfolgreiche Politiken geschaffen werden, mit denen Hunger in Brasilien in der Vergangenheit sehr erfolgreich bekämpft werden konnte: weil man eben durch die Teilhabe der Zivilgesellschaft an der Entwicklung der politischen Programme gewährleisten konnte, dass diese auch den Bedürfnissen der Menschen dienen, für die sie entwickelt werden.

Auf internationaler Ebene gibt es das bei der FAO angesiedelte Committee on World Food Security (CFS). Dabei handelt es sich um einen wichtigen

partizipativen Mechanismus, bei dem die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt und regulär in politische Prozesse eingebunden ist. Solche Plattformen sind wichtig, um die Partizipation der Zivilgesellschaft zu gewährleisten und dafür auch gewisse Regeln zu haben, damit es nicht nur eine diffuse punktuelle Konsultation ist, sondern dass damit ganze Prozesse begleitet werden können. Bei Multi-Stakeholder-Plattformen gibt es dagegen das Risiko, dass es sehr unscharf wird, wer welche Rolle innehat und wer welche Art der Verantwortung übernimmt. Bei Plattformen wie dem CFS hingegen ist klar, dass Regierungen die Verantwortung tragen, um die Menschenrechte zu gewährleisten und umzusetzen, während die zivilgesellschaftlichen Organisationen die Gewährleistung dieser Rechte von den Regierungen einfordern. Auch der Privatsektor und wissenschaftliche Einrichtungen sind beim CFS dabei, jedoch werden mögliche Interessenskonflikte transparent gemacht und klare Regeln und Rollen eingehalten.

Zwei Drittel aller weltweit produzierten Lebensmittel landen im Müll, während 800 Millionen Menschen Hunger leiden. Wie kann die Verschwendung von Lebensmitteln verringert werden?

Ein großer Teil der Verschwendung passiert in den Privathaushalten. Jeder einzelne kann daran etwas ändern, etwa durch bessere Planung oder die Zubereitung von Lebensmitteln, die verbraucht werden müssen anstatt immer zu kochen, worauf man Lust hat.

Generell geht, wenn Lebensmittel teurer werden, die Lebensmittelverschwendung zurück. Man kann zwar nicht per se sagen, dass es dieses Problem in ärmeren Ländern nicht gibt; auch dort gibt es reiche Bevölkerungsschichten, in denen Verschwendung stattfindet. Allerdings wird in ärmeren Haushalten, in Regionen, wo Ressourcen knapp sind, nichts verschwendet und Dinge werden weiter- und wiederverwertet.

Am Ende der Kette gibt es viel Verschwendung im Privathaushalt, aber auch dort, wo Supermärkte Waren aussortieren, weil sie nicht mehr „tadellos“ sind oder bestimmte Konditionen nicht erfüllen. In Ländern des Globalen Südens hat man das Problem der Nachernteverluste, da das System nicht so effizient ist, wie es sein könnte.

Das Problem der Lebensmittelverschwendung muss angegangen werden, gerade, wenn man auf die Hungerzahlen schaut. Primär geht es darum, die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen, und nicht darum, noch mehr zu produzieren.

Wenn es um Verarbeitung, Zubereitung und Verkauf von Lebensmitteln geht, leisten Frauen einen großen Teil der Arbeit, sind aber oft von politischen Entscheidungen und Verhandlungen ausgeschlossen. Wie kann Geschlechtergerechtigkeit im Ernährungssystem gefördert werden?

Der erste Schritt ist, den Beitrag und die Rolle von Frauen im Ernährungssystem sichtbar zu machen. Zudem zeigt das Thema der Verteilung landwirtschaftlicher Ressourcen große Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Auch in Deutschland leidet nur ein geringer Prozentsatz der Frauen landwirtschaftliche Betriebe; die Zahlen zwischen Deutschland und Indien sind in diesem Bereich fast identisch. Daher ist es zentral, für Frauen explizit Zugang zu Land und Ressourcen zu schaffen. Gleichzeitig gilt es, Vorschriften zu den Themen Eigentum und Erbschaft auf Benachteiligung von Frauen hin zu prüfen und zu überarbeiten, damit Gleichheit bei der Kontrolle von und dem Zugang zu Ressourcen ermöglicht werden kann.

Die Stärkung von Frauenrechten muss zentraler Teil der deutschen Wirtschaftspolitik sein, gerade da Frauen oft von Armut betroffen und im Wirtschaftssystem benachteiligt sind, was sich wiederum auf ihre Ernährungssicherheit auswirkt. Die feministische Außen- und Entwicklungspolitik, die



von der Bundesregierung zunehmend kommuniziert wird, ist auch ein zentraler Hebel, wenn es darum geht, patriarchale und postkoloniale Machtverhältnisse zu überwinden.

Braucht es eine agrarökologische Ernährungswende? Wie kann diese aussehen?

Ja, die braucht es! Dabei müssen verschiedene Maßnahmen ineinandergreifen: Für eine agrarökologische Wende braucht es eine entsprechende Politikkohärenz. Wir sind an einem Punkt, an dem das Potenzial der Agrarökologie von der Politik anerkannt wird, besonders mit Blick auf Klima, Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit. Auch im Koalitionsvertrag bezieht sich die Bundesregierung darauf, agrarökologische Ansätze stärker zu fördern. Das passiert bisher punktuell in verschiedenen Programmen, insbesondere vom BMZ. Aber eine Kehrtwende ist nicht in Sicht, weil es in puncto Politikkohärenz einfach nicht weit genug ist. Da müsste die Handelspolitik andere Leitplanken setzen, wie den Stopp von Raubbau natürlicher Ressourcen und die Beendigung des Ausbaus von Monokulturen für den Export in den Globalen Norden. Von politischer Seite müsste zur Ermöglichung einer agrarökologischen Transformation viel mehr passieren. Das Gute ist, dass der

Ansatz zunehmend bekannt wird und Aufmerksamkeit erfährt.

Zum Schluss ein Ausblick auf 2030: Das SDG 2 strebt an, den Hunger bis zu dem Zeitpunkt zu beenden. Was braucht es, um dieses Ziel erreichen zu können? Oder ist es eine Utopie?

So wie sich die Hungerzahlen in den letzten Jahren entwickeln, ist es sehr schwer, das SDG 2 noch zu erreichen. Die Vereinten Nationen hatten noch einmal dazu aufgerufen und gesagt, das Ziel könne nur noch erreicht werden, wenn es zu einem radikalen Umsteuern auf allen Ebenen kommt. Gelänge es, Hungerbekämpfung auf nachhaltige Art und Weise mit agrarökologischen Ansätzen und dem Menschenrecht auf Nahrung politisch an die erste Stelle zu setzen, wäre es sicher möglich. Es würde jedoch bedeuten, nicht nur mehr Investitionen in die humanitäre Hilfe bereitzustellen, sondern andere strukturelle Voraussetzungen zu schaffen. Die knifflige Frage ist: Wird es der Politik gelingen, diese Voraussetzungen umzugestalten? Hunger ist ein Problem von Ungleichheit, Diskriminierung und Ausgrenzung bestimmter Gruppen, Hunger ist eine Folge von Armut, aber auch von struktureller Ausgrenzung und Vertreibung. Es geht darum, sämtliche poli-

ZUR PERSON

Sarah Schneider arbeitet seit 2015 als politische Referentin für Welternährung und Landwirtschaft beim kirchlichen Hilfswerk Misereor, mit Schwerpunkt auf Agrarökologie und menschenrechtsbasierte Ansätze in der Hungerbekämpfung und internationalen Ernährungspolitik. Sie begleitet entwicklungspolitische Prozesse auf deutscher Ebene sowie international im Rahmen des Welternährungsrats (CFS), in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Im Jahr 2014 arbeitete sie im FAO-Regionalbüro für Lateinamerika und die Karibik zum International Year of Family Farming und begleitete Studien über lokale und regionale Vermarktungswege und öffentliche Beschaffung. Sarah Schneider studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien und schrieb ihre Diplomarbeit an der Universität für Bodenkultur Wien über urbane Landwirtschaft und Agrarreform in Kuba.

tische Stellschrauben anzugehen; dafür braucht es das entsprechende politische commitment.

*Das Interview führte
Claudia Schwarz, Dortmund*